

Pressemitteilung

DKG zum Beschluss der Regierungsfaktionen

Reform nach dem Prinzip Hoffnung und Schulterklopfen

Berlin, 8. Oktober 2024 – Zur heutigen Pressekonferenz des Bundesgesundheitsministers und der gesundheitspolitischen Sprecher der Ampel-Faktionen erklärt der Vorstandsvorsitzende der DKG, Dr. Gerald Gaß:

„Der Beschluss der Ampelkoalition, die Krankenhaus-Reform zwar mit 50 Änderungsanträgen, aber im Endeffekt nur mit marginalen Änderungen durch das Parlament jagen zu wollen, basiert auf dem Prinzip Hoffnung. Doch auch noch so heftiges gegenseitiges Schulterklopfen der Koalitionäre darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Gesetz die wesentlichen politischen Ziele verfehlt und zu massiven Problemen bei der Patientenversorgung in den kommenden Jahren führen wird. Die wesentlichen Kritikpunkte am Gesetzesentwurf bleiben bestehen.“

Die Vorhaltefinanzierung ist ein völlig missratenes bürokratisches Instrument, das weder die Grundversorgungskrankenhäuser in den ländlichen Regionen stabilisiert, noch die Konzentration hochspezialisierter Behandlungen in Zentren fördert. Die Botschaft der Entökonomisierung ist in diesem Zusammenhang eine reine Worthülse ohne jede Substanz.

Die vorgesehene kleinteilige und überregulierte Definition der neuen Krankenhauslandschaft nimmt den Bundesländern den notwendigen Gestaltungsspielraum in der Krankenhausplanung und wird zu Versorgungslücken gerade im ländlichen Raum führen.

Die Ankündigungen der Ampel zur Entbürokratisierung sind reine Lippenbekenntnisse und erschöpfen sich in Kleinstmaßnahmen, während das Gesetz gleichzeitig einen gigantischen Zuwachs an neuen Vorschriften sowie Dokumentations- und Nachweispflichten für die Krankenhäuser bringt. Hier bleibt sich die Ampel in ihrem Regulierungswahn treu.

Die aktuelle systematische Unterfinanzierung der Krankenhäuser wird nicht beseitigt. Im Gegenteil, die Ampelkoalitionäre setzen in trauter Eintracht auf

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schlonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT/SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

kalte Markbereinigung, um aus ihrer Sicht überflüssige Krankenhäuser aus der Versorgung zu drängen.

Und weil die benannten Schwächen dieses Gesetzes bisher nicht beseitigt sind, versucht Minister Karl Lauterbach den Gesetzentwurf auch ohne die immer wieder versprochene Auswirkungsanalyse auf die Patientenversorgung durch das Parlament zu drücken. Hier hilft kein wechselseitiges Schulterklopfen, sondern nur die Vorlage harter Fakten. Ein Minister, der stets wissenschaftliche Standards als zentrale Handlungsschnur für sein politisches Agieren propagiert, agiert bei seiner revolutionären Gesetzgebung nach dem Prinzip Hoffnung. Das ist ein unverantwortlicher Blindflug für die Gesundheitsversorgung von 84 Millionen Menschen in Deutschland.

Die Erklärung, dass man sich nach langen Verhandlungen stark auf die Länder eingestellt habe, können diese eigentlich nur als Hohn empfinden. Die zentralen Forderungen der Bundesländer werden in keiner Weise umgesetzt.

So bleibt ein Gesetzentwurf, den die Koalitionäre zwar wahrscheinlich Mitte Oktober in zweiter und dritter Lesung im Bundestag beschließen werden, den aber die Bundesländer, wenn sie ihre Verantwortung für eine gute Krankenhausplanung und gute Versorgung in allen Bereichen Deutschlands gerecht werden wollen, im Bundesrat durch den Vermittlungsausschuss stoppen und korrigieren müssen.

Wir brauchen eine Reform, die nicht nur die richtigen Ziele, sondern auch geeignete und in ihrer Wirkung analysierte Instrumente hat, um diese Ziele zu erreichen.“

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.893 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2022) und rund 22 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 133 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.